

In den Sozialausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss

An t r a g

gemäß § 10 der Geschäftsordnung
des Rates der Landeshauptstadt Hannover


**Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerberinnen und
-bewerber****Antrag zu beschließen:**

Die Verwaltung prüft, wie die erweiterte Möglichkeit, Asylbewerberinnen und -bewerbern Arbeitsgelegenheiten anzubieten, in Hannover genutzt werden kann. Dem Rat der Landeshauptstadt Hannover wird das Ergebnis spätestens nach der Sommerpause vorgelegt und über die Zahl der in Arbeitsgelegenheiten beschäftigten Asylbewerberinnen und -bewerber halbjährig berichtet.

Begründung:

Seit 27. Februar 2024 ist es durch eine Änderung im Asylbewerberleistungsgesetz des Bundes (§ 5 Arbeitsgelegenheiten) einfacher möglich, Asylbewerberinnen und -bewerbern Arbeitsgelegenheiten anzubieten.

Die Umsetzung des erweiterten Handlungsspielraums hat vielerlei Vorteile. Durch den geleisteten Beitrag der Menschen im Asylverfahren für die Stadtgesellschaft werden die Akzeptanz der Bevölkerung erhöht und eine Integration gefördert. Auf der anderen Seite werden das Erlernen der Sprache gefördert, die Gestaltung der Tagesstruktur aufgewertet und in der Folge Konfliktpotential in den Unterkünften gesenkt, aber auch der Arbeitskräftemangel reduziert. Eine Aufwandsentschädigung, die nicht auf die weiteren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet wird, ist dabei ein wichtiger Entscheidungsfaktor. Notwendig ist aber auch, dass ein entsprechendes Angebot an Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt wird. Zu betonen ist dabei, dass ein entscheidender Faktor bei diesen Angeboten die Freiwilligkeit ist.



Felix Semper
Vorsitzender